

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 3 86 846 pppn d



Inhalt

Margitta Terborg MdB,
Mitglied des Ausschusses
für innerdeutsche Bezie-
hungen des Deutschen
Bundestages, zum Verfas-
sungsschutzbericht: Spran-
ger mußte streichen.

Seite 1

Dr. Alfred Emmerlich
MdB, Stellvertretender
Vorsitzender der SPD-Bun-
destagsfraktion und Vor-
sitzender des Arbeitskrei-
ses Rechtswesen, verurteilt
die SS-Treffen in Nessel-
wang: Des Kanzlers un-
glückselige Gleichgültig-
keit.

Seite 2

Gert Walter MdEP, Vorsit-
zender der SPD-Europaab-
geordneten, begründet den
Protest von Parlama-
ntariern gegen Südafrika:
Schweigen bedeutet Kom-
plizenschaft.

Seite 4

40. Jahrgang / 89

10. Mai 1985

Spranger mußte streichen

Anmerkungen zum Verfassungsschutzbericht 1984

Von Margitta Terborg MdB

Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages

Der Verfassungsschutzbericht '84 der Bundesregierung trägt die falsche Überschrift. Eigentlich müßte er heißen: Sprangers Sicht der inneren Sicherheit. Allerdings ist es witzlos, darüber zu meditieren. Der Herr Staatssekretär hat seine bewerte Einäugigkeit bewiesen. So ist er halt.

Mir geht es um eine andere Frage: Da sind doch endlich törichte Bemerkungen früherer Verfassungsschutzberichte über sicherheitspolitische Bedenken des Jugendaustausches zwischen der DDR und der Bundesrepublik nicht mehr enthalten. Frei nach Tuchofsky: "Was gestrichen ist, kann nicht durchfallen", möchte ich denen danken, die dem Herrn Spranger den Mut zur Lücke aufgezwungen haben.

Also: Ein Sicherheitsrisiko ist der Jugendaustausch laut Verfassungsschutzbericht '84 nicht. Da es ihn nicht mehr gibt, ist die Erkenntnis richtig. Dem Herrn Spranger dürfte es deshalb leichter gefallen sein, auf die Passagen nach Drängen des innerdeutschen Ministeriums zu verzichten. Der Zweck war schon mit dem letzten Bericht erreicht: Das Innenministerium hatte den Jugendaustausch gewissermaßen kriminalisiert. Die DDR hatte somit einen Vorwand und einen Grund, den Jugendaustausch einzufrieren.

Durch den Mut zur Lücke ist der Grund und der Vorwand weggefallen. Nun sollte die DDR dem Herrn Spranger ein Bein stellen und ab sofort getroffene Vereinbarungen extensiv ausbauen. Weil der Friede durch den Austausch und das Kennenlernen der Jugend verschiedener Systeme dauerhaft gesichert werden kann.

(-/10.5.1985/rs/ks)

+ + +



Des Kanzlers unseelige Gleichgültigkeit

Die Welt mißt uns an unserem Bemühen im Kampf gegen die Neonazis

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen

Es ist schon ein einmaliger Fall in der deutschen Parlamentsgeschichte, daß ein Bundeskanzler von seinen Parteifreunden derart bedrängt wird, daß er von einem Kabinettsbeschluß, den er selber unterzeichnet hat, abrücken muß und im Bundestag gegen ihn stimmt. Und dies nicht etwa bei einer politisch unwichtigen Materie. Nein, es ging immerhin um den für uns Deutsche politisch und moralisch außerordentlich sensiblen Gegenstand der strafrechtlichen Bekämpfung der sogenannten "Auschwitz-Lüge".

Zu einer seriösen und damit historisch ehrlichen Aufarbeitung der jüngsten deutschen Vergangenheit gehört die Ahndung des Leugnens und Verharmlosens des nationalsozialistischen Völkermordes. An die Ungeheuerlichkeit und an die Einmaligkeit dieser Verbrechen gegen die Menschheit, die menschliche Vorstellungskraft nur schwerlich erfassen kann, hat der Kanzler auch in seiner Rede in Bergen-Belsen in durchaus eindrucksvollen Worten erinnert. Gleichwohl hat sich dieser Kanzler dem Druck der Ewig-Gestrigen in seiner Partei bei der Abstimmung im Bundestag beugen müssen, auch die - übrigens von keinem geleugneten - Verbrechen an Deutschen im Zuge der Vertreibung auf die gleiche Ebene wie die Vernichtungs- und Hinrichtungsmaschinerie des Nazi-Völkermordes zu stellen. Durch diese Sicht werden die nationalsozialistischen Greuelthaten und Verbrechen moralisch relativiert und es entsteht zwangsläufig der schreckliche Eindruck einer möglichen Vergleichbarkeit und damit einer zulässigen historischen Aufrechnung. Die insbesondere von Karl Jaspers getroffene Unterscheidung zwischen Verbrechen gegen die Menschheit und Verbrechen gegen die Menschlichkeit - wie schrecklich diese auch waren - wird so bewußt und absichtlich verwischt und unkenntlich gemacht.

Auf dieser Linie liegt es wohl auch, daß sich weder der Kanzler noch seine Partei im Bundestag eindeutig und unmißverständlich - wie die Sozialdemokraten - für eine Verurteilung der Treffen von sogenannten SS-Traditions- oder Kameradschaftsverbänden - wie jetzt in Nesselwang - ausgesprochen haben. Denn bei diesen Treffen werden leider immer noch, wenn auch mehr oder weniger getarnt, die alten Traditionen, nämlich Kriegsverherrlichung, Verharmlosung von NS-Verbrechen und Leugnung der Beteiligung der SS an der terroristischen Nazi-Herrschaft gepflegt. Auch die Tatsache, daß Verbände ehemaliger SS-Angehöriger steuerrechtlich den Charakter der Gemeinnützigkeit erlangt haben, ist angesichts der historischen Tatsachen unverständlich und unerträglich. Dies ist mit dem Geist unseres Grundgesetzes als Verfassung einer wertgebundenen Demokratie nicht vereinbar.



Der Kanzler hätte als gelernter Historiker durch eine klare Absage an die SS-Treffen ein besonderes Signal für die jüngere Generation - die ihm, siehe Hambach, angeblich so am Herzen liegt - geben können. Er hätte verdeutlichen sollen, daß er die Lektion der Geschichte eben nicht nur auswendig gelernt, sondern auch verstanden hat. Sein politisches Verhalten läßt dieses Verständnis deutscher Verantwortung und deutscher Scham gerade nicht erkennen.

In seiner Rede in Bergen-Belsen hat er von der entscheidenden Frage gesprochen, "weshalb so viele Menschen gleichgültig blieben" damals. Die öffentlichen Diskussionen in den letzten Jahren, aber insbesondere die aktuelle Diskussion im Vorfeld des 8. Mai, haben deutlich gemacht, daß der Appell der Geschwister Scholl aus dem Jahre 1942/43 in einem Flugblatt an alle Deutschen immer noch gilt: "Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den Ihr um Euer Herz gelegt!"

Der Mantel an Klarheit und Eindeutigkeit bei diesem Kanzler, sein unsensibler und beschwichtigender Umgang mit der Geschichte, und zwar in Israel, in Bitburg, bei der Bekämpfung des Neonazismus und bei der Verurteilung der SS-Treffen, rückt gerade ihn eben in die Nähe dieser Gleichgültigkeit. Denn trotz aller nationalen und internationalen Proteste, trotz der Proteste deutscher und amerikanischer Juden und trotz der Proteste aus Israel blieb dieser Bundeskanzler unbeirrbar, uneinsichtig, unbelehrbar. Dies zeigt in fataler Weise, wie wenig wir in vier Jahrzehnten "das geistige und moralische Trümmerfeld", von dem Kurt Schumacher 1945 sprach, und das uns die Nazis als katastrophales Erbe hinterlassen haben, bisher aufräumen konnten. Die Geschichte geht zwar weiter, das heißt aber nicht, daß es einen Schlußstrich unter unsere Vergangenheit und unsere Verantwortung geben darf.

(-/10.5.1985/rs/ks)

+ + +



Schweigen bedeutet Komplizenschaft**Warum SPD-Europaabgeordnete am Montag vor der Südafrika-Botschaft protestieren****Von Gerd Walter MdEP
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten**

Am 20. Mai 1985 soll in Südafrika der "Hochverratsprozeß" gegen 16 Führer der United Democratic Front (UDF) beginnen. Ihnen wird vorgeworfen, sich dafür einzusetzen, daß die Grundrechte der Menschen auch in der Republik Südafrika für alle Bürger des Landes gelten.

Gegen diesen Terror-Prozeß gibt es eine weltweite Protestwelle. In der Bundesrepublik haben sich unter der Federführung der christlichen Initiative "Freiheit für Südafrika und Namibia" zahlreiche Persönlichkeiten aus Kirche, Wissenschaft und Politik den Forderungen nach Freilassung der inhaftierten Frauen und Männer und Verwirklichung der Menschenrechte in Südafrika und Namibia angeschlossen. Diesen Protest werden SPD-Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestages am Montag, dem 13. Mai, um 11.30 Uhr mit einer Demonstration vor der südafrikanischen Botschaft in Bonn unterstützen. Die MdEP stützen sich mit ihrer Demonstration auf einen entsprechenden Beschluß aller 33 SPD-Europaabgeordneten. Uns bewegt besonders, daß die Angeklagten wiederholt deutlich gemacht haben, daß sie zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen in Südafrika vermitteln. Immer wieder haben sie zur Gewaltlosigkeit aufgerufen. Jetzt droht ihnen in dem 18monatigen Prozeß die Todesstrafe.

Die Hochverratsanklage gegen Frauen und Männer, die sich für Menschenrechte und Friedfertigkeit einsetzen, ruft zur 40jährigen Wiederkehr des 8. Mai, des Tages der Befreiung vom rassistischen Regime des NS-Staates, die Erinnerung an solche Menschen wach, die in jener Situation ihre Freiheit und ihr Leben für die Würde der Menschen geopfert haben.

Außerdem erinnert uns das Vorgehen der südafrikanischen Regierung an die Unterdrückung der Völker Europas, die vom NS-Staat ausging: Bis zum heutigen Tage weigert sich die Regierung Südafrikas, ihre Kolonialherrschaft über das Nachbarland Namibia aufzugeben.

Wir wollen der derzeitigen Regierung Südafrikas deutlich machen, daß ein Hochverratsprozeß gegen die 16 Inhaftierten das rassistische Regime nicht stabilisieren wird. Der Weltöffentlichkeit wird vielmehr der Unrechtsstaat erneut unter Beweis gestellt.

Die Forderungen der Sozialisten im Europäischen Parlament an die Adresse Südafrikas sind eindeutig:

- An Stelle des Apartheid-Regimes und der Bantustans-Politik, die Einführung einer Politik zur Gestaltung eines freien, demokratischen Südafrikas ohne Rassentrennung. Eine dauerhafte Lösung der südafrikanischen Frage muß sämtliche Bewohner Südafrikas einbeziehen;
- die Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere von Nelson Mandela;
- die uneingeschränkte Anerkennung der unabhängigen Gewerkschaften; deren neueste Entwicklung zu Hoffnung Anlaß gibt; Freizügigkeit und Vereinigungsfreiheit für die United Democratic Front (UDF) und ihre Mitgliedsvereinigungen sowie andere Volksbewegungen;
- die Freiheit und Unabhängigkeit für Namibia gemäß der Resolution Nr. 435 des UN-Sicherheitsrats, ohne den Abzug der südafrikanischen Truppen mit dem der kubanischen Streitkräfte aus Angola zu verknüpfen, da deren Anwesenheit auf einer zwischen zwei souveränen Staaten frei vereinbarten Übereinkunft beruht;



- die Einstellung der direkten oder indirekten Destabilisierungsaktionen gegen die Nachbarstaaten.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft und die EG-Institutionen sollten Druck auf die Regierung Südafrikas ausüben, indem sie

- neue EG-Investitionen in Südafrika verhindern;
- die staatlichen Bankkreditgarantien bei Ausfuhren nach Südafrika aussetzen;
- die Handelsbeziehungen allmählich einfrieren;
- das UN-Waffenembargo streng anwenden und jede militärische und nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika abbrechen;
- die Lieferung von Erdöl und Erdölerzeugnissen stoppen;
- keine südafrikanischen Kohlen verarbeiten;
- den Handel mit Krüger-Rand aussetzen;
- die kulturellen und sportlichen Beziehungen zu Südafrika abbrechen;
- den 1977 von der EG angenommenen "Verhaltenskodex" für europäische Unternehmen, die in Südafrika Tochtergesellschaften, Niederlassungen oder Vertretungen unterhalten, strikt anwenden und ausführlich vor dem Europäischen Parlament und dem Paritätischen Ausschuss AKP/EWG über die Anwendung dieses Kodex berichten;
- Mittel für die Konferenz für die Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika (SADCC) bereitstellen, die es ihr gestatten, ihre Aufgaben im Bereich der regionalen Zusammenarbeit der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen, der Energie und so weiter wahrzunehmen, so daß die ungewollte Abhängigkeit der Staaten der Region von Südafrika rasch abgebaut werden kann;
- den Opfern des Apartheid-Systems, insbesondere durch umfangreiche Beiträge an die von der UNO geschaffenen Sonderfonds helfen;
- in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit für die Sache des Rechts und der Gerechtigkeit im südlichen Afrika mehr Aktivität entfalten;

Ein solches Handeln läge in der Konsequenz der offiziellen Verlautbarungen der UN und der EG:

- o Zu Recht hat der UN-Sicherheitsrat die neue Verfassung und die Wahlen der Inder und Mischlinge in Südafrika in seiner Resolution Nr. 564 vom 17. August 1984 für null und nichtig erklärt.
- o Auch die Außenminister der Gemeinschaft haben am 11. September 1984 erklärt, die derzeitige Situation von Gewalt und Unruhe in Südafrika sei unter anderem auf die Enttäuschung der schwarzen Bevölkerung zurückzuführen, weil sie willkürlich vom politischen Leben in Südafrika ausgeschlossen sind und ihr jede Möglichkeit vorenthalten wird, ihre Forderungen zum Ausdruck zu bringen.



Nach Meinung der Sozialistischen EP-Fraktion muß immer wieder auf den Ernst der Lage im südlichen Afrika und die schwere Bedrohung des Friedens in der Region durch die Politik der südafrikanischen Regierung hingewiesen werden. Die verheerenden Auswirkungen der südafrikanischen Politik liegen offen zu Tage:

- Apartheid und andere Formen der Unterdrückung wie Bantustans - mit denen der Mehrheit des Volkes die Staatsbürgerschaft entzogen wird, Koornhof-Gesetze und die neue südafrikanische Verfassung, die eine noch tiefere Spaltung der Bevölkerung Südafrikas bewirkt und der rassistischen Minderheitsregierung noch perfektere Machtmittel an die Hand gibt,
- die illegale Besetzung Namibias, dessen Räumung, zu der es durch die Resolution des Sicherheitsrats Nr. 435 aufgefordert wird, Südafrika ablehnt,
- der militärischen und wirtschaftlichen Destabilisierungsaktionen gegenüber den Frontstaaten und anderen angrenzenden Staaten: Indem es die bewaffnete Konfrontation gleichzeitig mit wirtschaftlichen Pressionen im Verstoß gegen das Völkerrecht einsetzt, versucht das rassistische südafrikanische Regime, diese Staaten seiner Politik einer von Pretoria beherrschten "Staatenkonstellation" im südlichen Afrika gefügig zu machen.

Wir wollen mit unserer Demonstration im Mai 1985 deutlich machen, daß Schweigen gegenüber Südafrika Komplizenschaft mit einer Rassisten-Ideologie bedeutet, die seit 1945 nach dem blutigsten Krieg der Weltgeschichte als überwunden gelten sollte.

(-/10.5.1985/rs/ks)

+ + +

